

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

9. Jahrgang.

Donnerstag, 7. März 1929.

Nr. 57.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ke 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährig 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags zweimal wöchentlich

Für die Rechte der Minderheiten.

Eine große Rede Stresemanns in Genf.

In der gestrigen Ratstagung in Genf über das Minderheitenproblem kam auch der deutsche Reichsaußenminister Stresemann zum Wort. Wir können seine große, bedeutende Rede nur in folgendem Auszug wiedergeben. Stresemann sagte unter anderem:

„Besorgnisse, die mir selbst über die Frage entstanden, ob wir uns nicht in der Gefahr befinden, einem großen und bedeutsamen Gedanken eine falsche Ausführung zu geben, haben mich veranlaßt, in der letzten Sitzung des Völkerbundes zum Ausdruck zu bringen, daß es wünschenswert sei, die grundsätzliche Frage der Stellung des Völkerbundes zu den Minderheiten zu erörtern. Es liegt in der Natur der Sache, daß das Minderheitenproblem in seinen praktischen Auswirkungen in der Regel nur in Gestalt von Detailfragen an die Ratstagung herantritt, in Gestalt von Einzelwünschen, die zunächst nur eine geringe, auf möglichst wenig Menschen beschränkte Bedeutung zu besitzen scheint. Im Vergleich mit anderen allgemeinen Aufgaben kann leicht die Empfindung entstehen, als ob hier ein Mißverständnis obwalte, das dazu führt, den Rat mit Dingen zu belasten, die nicht vor diese hohe Instanz gehören.“

In der Note der Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte aus dem Jahre 1919 wird die neue Form des Minderheitenschutzes festgesetzt als eine

notwendige Folge und ein wesentlicher Bestandteil des durch die Gründung des Völkerbundes eingeleiteten neuen Systems der internationalen Beziehungen.

Unter dem alten Regime seien die Garantien für die Durchführung derartiger Bestimmungen den Großmächten anvertraut gewesen. Die Erfahrungen haben dieses System in der Praxis als unwirksam erwiesen. Aus diesem Grunde seien die Garantien dem Völkerbund anvertraut worden. Eine ganz neue Sachlage sei zu beobachten. Die letzten Jahre haben bewiesen, daß neue Bestimmungen getroffen werden müssen. Die durch die Friedensverträge abgetrennten Gebiete schlossen bedeutende Volkssteile in sich, die eine andere Sprache sprechen und von anderer Rasse seien, als die Bevölkerung, der sie einverleibt wurden. Bittere Feindschaften würden vermieden werden, wenn jene Volkssteile von vornherein wüßten, daß sie in wirksamer Weise gegen jede Gefahr und ungerechte Behandlung und Bedrückung gesichert und geschützt seien. Schon das Bewußtsein der Tatsache, daß die Garantien beständen, würde praktisch die erwähnte Annäherung erleichtern.

Die Bedeutung dieser Garantien wird hier dahin definiert, daß sie und daß sie dem Völkerbund die Verpflichtung auferlegen, sich der fortwährenden Durchführung dieser Bestimmungen zu vergewissern.

Ich kann mich nicht des Gefühls erwehren, daß Theorie und Praxis nicht immer in Einklang mit einander geblieben sind, und nicht über die unauflösbare Tatsache hinweggehen, daß die Minderheiten selbst in sehr weitem Maße von diesem Gefühl und den sich daraus ergebenden Sorgen um ihr kulturelles Schicksal beherrscht sind.

Ich kann nicht daran vorübergehen, an eine Erklärung eines Berichterstatters im Rate im Jahre 1925 zu erinnern. In dieser Erklärung und in der Diskussion finden sich Äußerungen grundsätzlicher Art über den Zweck der Minderheitenschutzbestimmungen und über den Zweck der Garantie des Völkerbundes, die so gedeutet werden können, als ob es sich bei diesen Bestimmungen um eine Art von Übergangsregime handele, das schließlich dahin zu führen hätte, daß die Minderheiten als solche verschwinden, d. h. sie in der Majorität der Staatsvölker aufgehen zu lassen. Wenn jene Ausführungen tatsächlich im Sinne einer Art Assimilationstheorie zu verstehen sein sollten, worauf manche in früheren Ratssitzungen gelegentlich abgegebene Erklärungen hinzudeuten scheinen, so müßte ich dem zu meinem Teile auf das bestmögliche widerprechen. Eine solche Theorie steht im Gegensatz zu dem bei Begründung eines neuen Minderheitenschutzes in aller Klarheit festgestellten Gedanken,

daß dieser Schutz ein dauernder und nicht nur ein Übergangsregime zum Zwecke der Erleichterung vorübergehender Schwierigkeiten sein sollte.

Es ist weder eine unmögliche noch eines souveränen Staates unwürdige Aufgabe, die den durch die Minderheitenbestimmungen verpflichteten Ländern aufgelegt worden ist. Es ist unvertretbar, daß die Zugehörigkeit zur Minderheit und die sich daraus ergebende Sonderstellung nicht im Gegensatz zu der Erfüllung der allgemeinen staatsbürgerlichen Pflicht steht. Wird dies aber anerkannt, so ergibt sich daraus zugleich,

daß das Interesse eines Landes für die Minderheiten in einem anderen Lande, das sich in der Anrufung der Garantien des Völkerbundes bekundet, nicht als eine unzulässige politische Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates angesehen werden kann.

Man spricht davon, daß das Minderheitenrecht dazu führen könnte, eine Bewegung zu unterstützen, die sich gegen den Bestand des Staates richtet und zu einer Freidemotionsbewegung führen kann.

Nun bin ich nicht der Meinung, daß das Jahrhundert, in dem wir leben, eine für alle Ewigkeit bestehende Ordnung der Dinge festgelegt hat.

Es ist verfehlt, darüber zu sprechen, daß ein Eintreten für die kulturellen Rechte und die Freiheit der Minderheiten der Anfang sei, um Staaten auseinander zu sprengen zu wollen.

Der Friede der Völker wird um so sicherer begründet sein, je mehr der Ruf von ihrer Kultur und Leben bedrohten Minderheiten immer weniger an das Ohr der Weltöffentlichkeit dringt. Wer sich dafür einsetzt, daß die Menschenheitsrechte, die

Sprache, die Rasse und Religion, unbeschwert der staatlichen Grenzen geachtet und gewürdigt werden, der tritt ein, für die Erhaltung des Friedens und nicht für die Aufreizung zur Auseinandersetzung durch Gewalt.

Welches sind die Wege, die uns innerhalb des Völkerbundes dazu führen können, auf Grund der bestehenden Verhältnisse und Garantien unseren Ziele näher zu kommen?

Hinsichtlich des Petitionsverfahrens selbst, wird in der Deutschrift Dandurauds darauf hingewiesen, daß das vom Rate beschlossene Verfahren, das seinen Schwerpunkt in der Einrichtung der Dreierkomitees hat, in den Beschwerden führenden Minderheiten den Eindruck entstehen läßt, daß sie nicht gehört werden.

In der Tat wird hiermit einer der Hauptbelände bezeichnet, der von den Minderheiten seit langem übereinstimmend und lebhaft beklagt wird. Was ich wünsche und dem Rate dringend zur Erwägung stelle, ist:

1. Eine sorgfältige Durchprüfung der Möglichkeiten, die für eine Besserung des formalen Verfahrens bei der Behandlung von Petitionen gegeben sind.

2. Bitte ich in Aussicht zu nehmen, die bisher geübte Ausschaltung der beteiligten Nationen durch ihre Hinzuziehung zu erlegen.

3. Wäre zu prüfen, in welcher Weise der Völkerbund seiner Garantieverpflichtung außerhalb des Gebietes der Petitionen zu genügen habe.

Endlich liegt mir daran, daß in der von mir ausgeprochenen Weise eine Klärung der grundsätzlichen Seite der Völkerbundgarantie herbeigeführt wird.

Stresemann empfahl schließlich die Einsetzung einer besonderen Studienkommission, die so zusammenzusetzen wäre, daß sie über die notwendige Autorität und Sachkenntnis verfügt.

Hindenburg gegen Müller.

Er will selber regieren? — Das Verbot von der Diktatur im deutschnationalen Lager.

Berlin, 6. März. (Eigenbericht.) In der Presse hatte gestern ein Artikel besonderes Aufsehen erregt, der in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erschienen war und nach einem Diktator verlangte. Man glaubte allgemein, daß der frühere Reichskanzler Luther dahinter stünde, der sich wieder in Erinnerung bringen wollte. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bestritt dies aber. Sie sagt heute, daß sie nicht an eine Diktatur im Sinne der Reichskreise gedacht habe, sondern nur an einen Mann, der die Regierung fest in die Hand nimmt.

Es wird allen Ernstes behauptet, daß der Reichspräsident Hindenburg selber diesen Artikel veranlaßt habe. Man glaubt, daß die ihn beeinflussenden Kreise ihn dahin drängen, daß er den Reichskanzler beiseite und selbst die Regierung übernehme.

Es ist kaum anzunehmen, daß diese Bestrebungen Erfolg haben werden, denn selbst in der

Rechtspresse werden jetzt schwerste Bedenken gegen eine Diktatur geäußert. Während die Eugenbergspreß noch allerdunkle Pläne spinn und am liebsten den Parlamentarismus beseitigen möchte, erklärt heute die deutschnationalen „Kreuzzeitung“, das Organ des Grafen Westarp, daß in Deutschland weder rechts, noch links, noch in der Mitte auch nur der Schatten eines Diktators in Sichtweite wäre. Einen Diktator könne man nicht ernennen oder erwarten, er ergebe sich nicht aus den Seifenblasen politischer Wunschträume. In keinem Lande der Erde sei die Diktatur so schwer aufzurichten wie in Deutschland. Man könne das Wort Diktatur auf sich beruhen lassen, es führe nur Putschisten in Versuchung, wobei zu bemerken sei, daß eine Putschgefahr von rechts nicht bestehe.

Diese Äußerungen sind deswegen bemerkenswert, weil sie davon zeugen, daß im deutschnationalen Lager tiefe Gegensätze über die Taktik in der nächsten Zeit bestehen.

Die Sanierung der Bruderladen.

Erfolgreiche Aktion unserer Genossen im Senat.

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat bereits vor geraumer Zeit einen Entwurf über die Sanierung der Bruderladen ausgearbeitet und diesen dann an das Finanzministerium weitergeleitet. Dort liegt nun dieser wichtige Gesetzentwurf, auf dessen Vorlage in den geschäftsbearbeitenden Körperschaften die Versicherten so lange schon warten und welcher von den sozialistischen Parteien immer wieder urgert wurde, bereits seit einem Jahre, ohne daß es das Finanzministerium für notwendig befunden hätte, zu ihm Stellung zu nehmen. Angesichts dieser Verschleppungstaktik stellte in der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses des Senats Genosse Rechl den Antrag, der Ausschuss möge die Vorlage des Gesetzes über die Sanierung der Bruderladen verlangen. Dieser Antrag wurde vom Senatsausschuss auch angenommen und der Budgetausschuss beschloß, sich durch das Präsidium des Senats an das Finanzministerium mit der Forderung zu wenden, sich zu dem Gesetzentwurf des Ministeriums für soziale Fürsorge zu äußern, damit das Gesetz endlich der Nationalversammlung vorgelegt werden kann.

Es ist der Initiative unserer Genossen zu danken, wenn sich nunmehr auch der gesamte Senat hinter die Forderung nach ehester Durchführung der Sanierung der Bruderladen gestellt hat.

Shanghai, 6. März. (Reuter.) Die zwischen Nanjing und Hankau bestehende Spannung hat sich verschärft und das Land steht unter dem Eindruck eines neu heraufziehenden Bürgerkrieges.

Die Revolution in Mexiko.

Kirche und Kapitalismus als Revolutionäre.

„Da ein Präsidentenkopie nicht genügt, so zielt auf den neuen Präsidenten! Diese Banditen haben kein Recht auf Leben! Wenn ihr sie tölet, so vollbringt ihr ein Werk der Wohltätigkeit und der Gerechtigkeit!... Schießt gut, verfehlt sie nicht! Jedem neuen Torral (das ist der Mörder des mexikanischen Präsidenten Obregon. Num. d. Red.) jubeln wir von ganzem Herzen Bravo zu.“

Aus einem Artikel des katholischen Journalisten Leon Degrelle in einem Brüsseler Merikalen Blatt unter dem Titel „Mexikanische Katholiken antworten mit Angeln.“

Ganz so begeistert wie dieser Merikale Norddecker äußern sich unsere Merikalen über die in Mexiko ausgebrochene Aufstandsbewegung nicht, immerhin kommt bei ihnen, wenn auch verhalten, die Freude über diese Revolution zum Ausdruck und damit ihre Schätze ihre Sympathien den Revolutionären zuzuwenden nicht verabsäumen, wird erzählt, es sei ein Kampf gegen die bolschewistische Arbeiterpartei. Andererseits beileben sich die mexikanischen Rebellen, das Wesen ihrer Revolution in einem Manifest bekanntzugeben und erklären darin, daß sämtliche Kirchengesetze aufgehoben werden und die Geistlichen ihre Funktionen gemäß den Vorschriften ihrer Kirche ausüben können. Damit wird die eine Seite der mexikanischen Revolution, als eines groß angelegten und lange vorbereiteten Aufstandes der Merikalen und konservativen Elemente gegen das Linksregime, zugegeben, die andere Seite bildet das Agrarproblem, das ist die Frage: Vorklassierung des Landes oder Knechtung der Indianer, der Ureinwohner Mexikos, durch skrupellose Grundbesitzer? Es ist als gewiß anzunehmen, daß bei dieser Revolution überdies die nordamerikanischen Finanzmagnaten und die nach den mexikanischen Erdölquellen lüsternen Vorkapitalisten Nordamerikas ihre Hand im Spiele haben.

Wie frühere Revolutionen in Mexiko hat auch diese neueste den Charakter eines Kreuzzuges der katholischen Kirche im Bündnis mit den ausbeuterischen mexikanischen Großgrundbesitzern und den nordamerikanischen Finanz- und Delinquanten. „Kampf gegen die bolschewistische Arbeiterpartei“, eine plumpe Merikale Lüge wie alle anderen über Mexiko und sein Regime verbreiteten Behauptungen, denn niemals, auch nicht unter Calles, ist ein Kommunist in Mexiko Minister gewesen oder auf einem verantwortlichen Staatsposten gestanden. Diese Lüge ist aus denselben Merikalen Lügenbruststätten hervorgegangen, wie viele andere auf diesem Mist erblühten Verleumdungen, wie beispielsweise jene von den „hundertern ermordeten Priestern“, eine Zahl, die sich in Wirklichkeit auf einige Duzend verringert und durchaus „Priester“ umfaßt, die als Führer von revolutionären Abteilungen befruchteten Aufständen im offenen Kampf gefallen sind, oder als Arrangeure von Komplotten standrechtlich erschossen wurden.

Die in Mexiko vor einigen Tagen ausgebrochene Revolution ist, obwohl sie diesmal größeren Umfang angenommen zu haben scheint, eines der Glieder in der Kette der Putsche und Aufstände, die von den früher den Staat beherrschenden Mächten gegen jene Reaktionen angezettelt wurden, die sich die Beseitigung des feudalen Systems in Mexiko und die Befreiung des mexikanischen Volkes vom Joche des fremden Kapitalismus, sowie die Durchführung einer großzügigen Agrarreform, die geistige Erhebung des Proletariats durch Ausgestaltung der Volkshochschule und die Durchführung sozialpolitischer Maßnahmen zur Aufgabe gemacht haben. Die mexikanische Revolution war niemals eine reine Arbeiterregierung, am allerwenigsten eine „bolschewistische“, doch ist sie allerdings mit

großer Energie sowohl den Konspirationen der Pfaffen, den ausbeuterischen Großgrundbesitzer und den fremdländischen Kapitalisten an den Leib gerichtet.

Mexiko wurde früher noch den Grundbesitzern der kapitalistischen Kolonialpolitik verwalter. Jahrhundertlang wurde die Verflawung der Indianer mit Hilfe des Klerus betrieben. Das Schulwesen war in den Händen der katholischen Geistlichkeit. Die ungeheuerliche Ausbeutung durch die Grundbesitzer und die der Geistlichkeit überantwortete Volksbildung bewirkte, daß das mexikanische Volk in grenzenloser Armut und Unwissenheit dahinlebte. Im ganzen Lande gab es ungefähr 7000 Kirchen, eine Stadt wie Puebla mit 70.000 Einwohnern hatte deren 320. Dagegen wurde im Jahre 1925 festgestellt, daß von 15 Millionen Einwohnern, die Mexiko zählt, 45 Prozent weder lesen noch schreiben konnten und 10 Millionen dieser Einwohner führten ein Dasein, das kaum ein menschenwürdiges genannt zu werden verdient. Schulen waren nur in spärlicher Zahl vorhanden, statt ihrer wuchsen die Klöster und Kirchen wie die Pilze aus der Erde und schmerzte der Druck der „toten Hand“ auf dem unglücklichen Lande. Nach der Entdeckung der reichen Bodenschätze Mexikos an Petroleum und Kohle begann sich Dunkel Sam, der nordamerikanische Riese mit dem riesenhaften Appetit, für das Land zu interessieren. Nordamerikanische und englische Finanzleute verstanden es, das Land bald zu ihrem Ausbeutungsobjekt zu machen und der katholische Klerus stand ihnen dabei treu zur Seite, eine Treue, die er den Volksausbeutern auch bewahrte, als durch die Verfassungsänderung vom Jahre 1917 der nordamerikanischen Plutokratie ein Strich durch die Rechnung gemacht wurde. Durch diese Verfassungsänderung wurde das Prinzip der Sozialisierung der Bodenschätze in das öffentliche Recht eingeführt und nur mexikanische Staatsbürger können seitdem bei Genehmigung des Staatspräsidenten Erdölquellen usw. erwerben.

Ein anderes Kapitel, das dem gegenwärtigen Regime die Todfeindschaft der Kapitalisten zugezogen hat, ist die nach dem Kriege durchgeführte Agrarreform. Es gab in Mexiko 834 Latifundien in der Größe von 22.000 bis 6.000.000 Acres, das heißt bis etwa 2.500.000 Hektar, und diese Latifundien umfaßten den übergroßen Teil des bebauten Landes, während 96 Prozent der Bevölkerung überhaupt kein Land hatten und in einem Zustande lebten, der sich nicht viel von der schlimmsten Sklaverei unterschied. Der Widerstand dieser paar hundert Großgrundbesitzer wäre leicht zu brechen gewesen, doch fanden sie die Unterstützung des ausländischen Kapitals einerseits, die der katholischen Kirche andererseits. Auf das Konto dieses Bündnisses sind fast alle Rebellionen zu setzen, deren Schauplatz Mexiko in den letzten Jahren und Jahrzehnten gewesen ist.

Nie in der Geschichte hat die katholische Kirche freiwillig so viel Toleranz geübt, wie die als „christenfeindlich“ verschrieenen letzten mexikanischen Regierungen; ihr Verbrechen in den Augen der Kirche war, daß sie moderne kulturelle und soziale Forderungen zu realisieren

bestrebt war und dies gegen den Willen der Kirche! Ausländischer Kapitalismus und katholische Kirche trugen mit gleicher Feindseligkeit gegen das fortschrittliche System die Reformtätigkeit der Regierungen zu hindern und so mußten sich diese gegen die Wehresen. Dennoch trägt die mexikanische Verfassung keinen religionsfeindlichen Charakter und auch nicht den einer Ausnahmsgesetzgebung gegen die katholische Kirche. Sie hat nur von den Geistlichen verlangt, daß sie Mexikaner von Geburt sein müssen und sie hat die Kirchen zu Staatseigentum gemacht, die in den einzelnen Gemeinden von zehn Bürgern verwaltet werden. Das hat genügt, um die mexikanischen Bischöfe zu veranlassen, alle mexikanischen Katholiken zu exkommunizieren, die an der Durchführung der Kirchengesetze teilnehmen und der Vatikan selbst trat in Aktion, indem er in einem Handschreiben an den mexikanischen Klerus die katholische Geistlichkeit samt ihrem Anhang offen aufforderte, „sich den Verfolgungen zu widersetzen“, also den gesetzlichen Anordnungen der Regierung den Gehorsam zu verweigern.

Als vor einigen Jahren das Inventar der Kathedrale der Hauptstadt geprüft und aufgenommen wurde, fand man unglückliche Reichtümer. Ausschätze von unmeßbarem

Werte, Kostbarkeiten sonder Zahl, Unmengen prunkvollster, gold- und bergestricter, mit Diamanten und anderen Edelsteinen überjäte Priestermäntel, Mess- und Purpurgewänder, Altar- und sonstige Kirchengeräte, deren Wert ins Fabelhafte geht und nur mit den märchenhaften Reichümern aus Tausendundeine Nacht auf eine Stufe gestellt werden kann. In Mexiko gibt es 23 Bistümer, 6 Erz-Bistümer, Aberdugende von prunkenden Kirchenpalästen. Und mittelbar daneben herrschte das ungeheuerlichste Elend, schrecklichste Armut und Unwissenheit der breitesten Massen. Selbst in den Anstellungen der ausgehungerten indianischen Petroleumbohrer und der mißhandelten Minenarbeiter ragen pompöse Kathedralen auf mit kostbaren Weihegeschenken und unermesslichen Schätzen. Größter Mangel dagegen an Krankenhäusern, Straßen, Bahnen und Schulen. So sah Mexiko aus, so lange es sich geistig im Boche der katholischen Kirche befand!

Kirche und Kapitalismus haben Land und Volk in neue Wirren gestürzt. Hoffentlich gelingt es dem mexikanischen Volke bald, sich auch dieses Ansturmes des mit der Kirche verbündeten heuchelhaften Kapitalismus und der von ihm betödelten meuterischen Generale zu erwehren!

Der Mieterschutz vor dem Abgeordnetenhaus.

Hausherrenfreundliche Referate. — Genosse Schweichhart über die unhaltbaren Zustände in unserer Justiz.

Brag, 6. März. Im Parlament wies heute in einer kurzen Justizdebatte u. a. Gen. Schweichhart auf die unhaltbaren Zustände in unserer Justiz hin, die nicht zuletzt durch die schandbare Bezahmung der Richter und durch ihre Überlastung hervorgerufen sind; wenn man schon zu einer großen Strafrechtsreform nicht den Mut findet, dann müßte, wie Gen. Schweichhart im einzelnen aufzeigte, wenigstens durch Teilreformen den argsten Unbeständen abgeholfen werden.

Gegen Schluß der Sitzung wurden dann noch die Referate über die Verlängerung der Mieterschutz- und Bauförderungsgesetze bis Ende Oktober d. J. erstattet. Die Referenten ließen ihrer Hausherrenfreundlichkeit je nach Temperament die Fägel schießen und überboten sich förmlich in Entschuldigungen, daß noch nicht die alte Vorkriegsrentabilität des Hausbesitzes hergestellt sei.

Trotz aller Versicherungen, daß auch auf die besitzlosen Massen Rücksicht genommen werden müsse, lassen diese Reden für die kommende definitive Regelung dieser Fragen das Schlimmste befürchten. Hinter den Kulissen arbeiten die Hausherrenvertreter feberhaft, um ihre Forderungen restlos durchzusetzen; es wird energischer Gegenmaßnahmen der sozialistischen Parteien und aller am Fortbestand eines gerechten Mieterschutzes interessierten Schichten bedürfen, um den neuen Anschlag auf die Lebenshaltung der arbeitenden Massen, der sich im geheimen rüstet, mit aller Entschiedenheit abzuwehren!

Das Haus, das von 4 bis halb 8 Uhr tagte, befaßte sich zunächst mit der Regierungsvorlage, betreffend die

Abänderung und Ergänzung der Strafgesetze und Strafprozessordnungen.

Referent Dr. Czerny erklärte, die Vorlage bezwecke, ein einigermaßen gerechtes Verhältnis zwischen der heutigen Geldbewertung und jenen Wertgrenzen zu schaffen, die für die Qualifikation von Straftaten als Verbrechen, Vergehen oder Uebertretung nach den Gesetzen aus der Zeit vor dem Umsturz maßgebend sind. Diese Wertgrenze wird entsprechend dem Lebensmittelpreis durchschnittlich auf das Zehnfache erhöht; die Geld- und Ordnungsstrafen auf das Fünffache. Weiter werden die sogenannten Strafmandate stark erweitert; in diesem Verfahren kann auf Gefängnis bis zu sieben Tagen oder 500 Kronen Geldstrafe erkannt werden. Eine weitere Bestimmung, welche die Bezirksgerichte entlasten soll, beinhaltet, daß im Verfahren vor dem Bezirksgericht keine Urteilsbegründung verfaßt werden muß, wenn das Urteil in Gegenwart des Beschuldigten verkündet wird und dieser ausdrücklich auf Rechtsmittel verzichtet. Diese Bestimmung, die bei uns und auch im Ausland ein Novum darstellt, ist bis Ende 1931 befristet.

In der Debatte erklärt Dr. Gasi (Komm.), daß die Vorlage keine Entlastung der Gerichte bringen werde. Diese ließe sich nur erreichen, wenn die veraltete Persekution der Arbeiterbewegung aufhören und man eine genügende Anzahl neuer ausgezeichneter Beamten annehmen würde.

Genosse Schweichhart

führt dann unter anderem aus: In den letzten Jahren hat man sich auf gesetzgeberischem Gebiete nur mit Hülfsarbeit begnügt. Auch die in Verhandlung stehende Novelle, eine Art Fox Dfner, gehört in diese Kategorie. In ihr steckt gewiß ein humaner Gedanke, wenn auch der eigentliche Beweggrund für die Vorlage die Entlastung der überarbeiteten Richter ist. Ursprünglich

waren einige Bestimmungen in dem Entwurf enthalten, die wir bekämpften, weil sie eine wesentliche und überflüssige Verschärfung gewisser Tatbestände, die sich auf die Verletzung des Eigentumsrechtes bezogen, zum Inhalt hatten. Da unseren Anträgen auf Verbesserung der Vorlage im Anschluß Rechnung getragen wurde, haben wir zu dem Inhalt des Gesetzes selbst nicht allzu viel zu bemerken.

Genosse Schweichhart erinnert daran, daß die Zustände im Pressewesen heute ganz unhaltbar sind.

Zimmer noch ist die Presse dem Wohlwollen oder der Mißgunst der Staatsanwälte ausgeliefert, die auf jeden Winkel von oben wahre bethlehemitische Morde an der Presse begehen. Wenn auch der Schutz des Angegriffenen entsprechend wirksam sein muß, so darf es doch nicht so weit gehen, daß mit einem System leichtfertiger und dabei kostspieliger Klagen jedes Blatt finanziell zugrunde gerichtet werden kann. Die Kommunisten, welche darüber jetzt ein großes Lamento erheben, haben das System jedoch zuerst ausgebaut; sie sängen sich so in der eigenen Schlinge!

Bereits im Jahre 1926 hat man den Kommissionsentwurf eines modernen Strafgesetzes publiziert, welcher rühmt sich aber gar nichts.

Nicht einmal dringende Teilreformen, die leicht zu lösen wären, werden in Angriff genommen. Was ist über den

§ 144 nicht schon in diesem Hause gesprochen worden. Kriminalpolitisch ist dieser Paragraph ganz unwirksam, da kaum ein Prozent dieser sogenannten „Verbrechen“ bekannt und bestraft wird, sozial aber wirkt er sich im krassensten Unrecht aus, denn in der Regel werden nur arme Frauen, die Not und Krankheiten zu dem „Verbrechen“ nach § 144 zwingen, erwirkt und verurteilt. Gerade auf diesem Gebiete herrscht unterhöhlene Massenjustiz!

Im letzten Jahre haben sich in der Welt eine Reihe von erschütternden Dramen abgepielt, wo die entscheidende Rolle spielte. Immer mehr kommt man darauf, daß sie nicht abgeschrieben wird, sondern ein barbarisches, längst überlebtes Strafmittel ist. Die kürzliche Antwort des Herrn Justizministers auf unsere diesbezügliche Interpellation befriedigt uns durchaus nicht, denn sie weicht dem Problem aus und stellt keine baldige Lösung in Aussicht. Man vertröste uns auf die Schaffung des allgemeinen Strafgesetzbuches, die aber noch in weiter Ferne zu liegen scheint. Mehr Ernst und Eile wäre dringend geboten. Ebenso dringend ist die

Reform des Jugendstrafrechtes.

Wir fordern Jugendgerichte und systematische Veranzuehung der Fürsorgeorganisationen, die hier vorbengend wirken können. Auch die Aufhebung der Militärgerichte ist ein Gebot der demokratischen Zeit.

Jede Reform ist natürlich wirkungslos, wenn sie sich in der Praxis nicht durchführen läßt, weil die Zahl der Beamten viel zu klein ist. Der Verfassungsausschuß hat sich mit der verhängnisvollen Abnahme der Zahl der Richter eingehend befaßt. Rund 11 Prozent aller systematisierten Richterstellen sind unbesetzt. Daß sich das in der Rechtsprechung aufs unliebsamste bemerkbar machen muß, liegt auf der Hand. Die Befastigung der vorhandenen Richter ist dann eine kolossale und der Nervenzusammenbruch manches guten Beamten geradezu unvermeidlich. Zu dieser Überlastung tragen wesentlich die vielen statistischen Erhebungen und Berichte, die Doppelsprachigkeit und die Tatsache bei, daß Angelegenheiten von Richtern erledigt werden müssen, die anderwärts von anderen Beamten behandelt werden, so z. B. Legalisierungen, Proteste,

Die Flucht aus der Hölle.

Von Albert Londres, 17
Neuer deutscher Verlag, Berlin.

Diese Nacht, fängt ders Neger wieder an, heißt „Nacht der Deportierten“. Wuhiet Ihr das nicht? Ich werde den weißen Herrn Geographie beibringen, ich Schwarz — Schwarz!

Während er ist, erzählt er:

Als ich klein Kind war, kam ich hier mit Großen hin, die das machen, was ich heute tun: flüchten helfen. Ihr wart noch nicht geboren, Ihr weiße Herren, oder nicht im Bagno, noch beim Papa! Dann verließen die Großen die Herren Sträflinge. Sie sagten: „Los, Freunde, Wasser holen!“ Und Herren Sträflinge stiegen aus, die Pirage fuhr fort, und Herren Sträflinge freipieren im Schlamm und Mangrove. Oder die Starken, die sehr Mutigen, retteten sich auf Höhe da unten. Das waren die ersten Rosenholzschläger oder Goldsucher am Appruag. Ich war klein, ich ganz klein. . .

Wir sehen Strong an. Er oerficht unsere Gedanken und sagt:

Menschheit hat Fortschritte gemacht, seit ich werden groß.
Er lüchelt die Anker. Wir rudern. Vier Stunden später sagt Strong, während er mit dem Finger auf einen Gipfel zeigt: „Silbergebirge!“

Silbergebirge! Das kenne ich! sage ich zu mir selbst. Als ich auch ganz, ganz klein war. Ich ging nach Ranch für meine Mutter Besorgungen machen. Sie sagte zu mir: „Du bringst Kaffee vom Silbergebirge mit, das ist der beste!“ Und da ist es nun!
Es ist wirklich. So weit! So nah!

Damals waren es Jesuiten, die es bebauten. Es lohnte sich. Die Verwaltung übernahm es. Jetzt, sagte Strong, Gebirge gibt nichts Kaffee. Es gab nur noch Bronze, dann Holz, dann Pflanzen, dann wildes Gras.

Das Meer ist schwer. Es regnet. Wir passieren eine schreckliche Stelle. Strong kämpft herrlich. Louis Nee und der Kalabreser schöpfen die Pirage aus. Jean-Marie steneri. Der andere und ich, wir sorgen für das Gleichgewicht, um die Barke am Umkippen zu verhindern. Ich erinnere mich, daß wir etwas Angst hatten. Ob es wenig war? Oder viel? Ich weiß es jetzt nicht mehr genau!

Strong kommt in eine Buche und schreibt: Herr Teufel, befehle deinen Sohn, Herrn Strong!

Wir werfen Anker.

Das Essen wird bereitet. Höflich singt sich ein Wind an da Raagt, die Wellen gehen über unsere Pirage. Sie zittert fürchterlich. Das Decken, unser Kochtopf sind umgepurzelt. Strong erbleicht.

„... Es war doch ein Neger, alter Freund.“
„Haben Sie denn nie einen Neger blaß werden sehen, wenn es ums Ganze geht?“

Rudert, rudert! schreit er.

Jean-Marie lüchelt der Anker. Es war höchste Zeit. Ein Tornado geht vorüber, der die Mangroben mit der Wurzel ausreißt und Strandgut gegen die Pirage wirft. Die Wellen streichen so nah über unseren Köpfen, daß wir glauben, sie mit der Hand berühren zu können.

Jean-Marie richtet sich auf, als ob er der Natur etwas zu sagen hätte. Wir pfeifen darauf, wenn wir noch mal untergehen, fangen wir zum dritten Male an!

Er spricht wieder zu dem Unsichtbaren: „Und zum vierten Male.“
Was soll das nützen, frage ich ihn. Ich

befehle ihm, sich zu setzen und zu gehorchen. Er antwortet: „Gut, Herr!“

Eine Viertelstunde später war alles wieder ruhig.

Wir werfen Anker.

Jetzt, als wir geradeaus sehen, kommt eine neue Welle! Die da steigt; es sind die Moskios der nahen Mangroben. Sie haben uns entdeckt und kommen mit Recht, die einzige Beute, die sie haben, zu peinigten: die Flüchtlinge.

Sie überfallen uns.

Unser Holz ist nah. Wir können kein Räucherfeuer anzünden. Sie bedecken uns. Befiegt wirft sich Jean-Marie auf den Boden der Pirage. Er weint vor Schmerz. Er ist erst achtundzwanzig Jahre alt! Und während er sich fressen läßt, wiederholt er wie eine Litanei: „Ach, was für ein Elend! Was für ein Elend! Oh! Oh!“

So brach der Morgen des siebenten Tages an. Heute, sagt der Neger, werdet ihr Brasilien sehen.

Die Herzen schlagen. Wir sehen uns in die Augen, um uns unsere Freude deutlicher zu zeigen.

Bist du sicher, daß wir es sehen werden?

fragt Jean-Marie Strong.

Beim Teufel.

Halt! die Schwanze mit deinem Teufel. Ich frage dich, ob wir ankommen werden. Ja oder nein?

Sei still, sage ich zu Jean-Marie.

Er schweigt.

Kein Wind. Wir gehen ans Rudern. Es gibt da sehr viele Klippen. Es ist ein schwerer Tag. Wir essen nicht. Ich, für meinen Teil, habe den Eindruck, daß ich niemals schnell genug esse und zuviel Zeit verliere.

Die Hitze ist so glühend, daß uns Müdigkeit und Schlaf überkommen. Man sollte meinen, daß sie uns ausblutet, und daß unser Blut gleichzeitig

mit unseren Kräften schwindet. Das Ruder fällt uns aus der Hand. Wir können nicht mehr.

Da! da! sagt Strong, seht doch! Kap Orange! Brasilien!

Das Blut steigt mir wieder zu Kopf. Ich springe dem Neger fast ins Gesicht.

Was sagst du? Brasilien!

Brasilien! Kap Orange! Brasilien!

Aus Ruder, Kameraden!

Das brauche ich nicht zweimal zu sagen; alle Mann sind wach.

Das ist Brasilien, Kameraden!

Wenn ich jetzt darüber nachdenke, frage ich mich, was wir an diesem Kap Orange Schönes fanden. Es war so finster wie alles andere. Aber das ist jetzt hinterher. Das ist vernünftige Ueberlegung. Das war es damals nicht. Ah! in diesem Augenblick! Ich sehe zwischen den Bäumen des Kap Orange doppelt so viele Menschen tanzen, wie mich in Frankreich erwarten. Ich sehe sie wirklich!

Jean-Marie ist toll wie ich. Auf dem Kap Orange sieht er seine Bretagne. Er sagt: „Meine Doué!“ wie ich es Ihnen sage, und auf seinem Gesicht liegt ein Lächeln der Ekstase. Der andere, ich habe seinen Namen nie richtig gewußt. Spricht von einer kleinen Freundin, die er in der Rue des Trois-Freres auf Montmarix hat, oder wer? stens gehabt hat! Nee und der Kalabreser erkennen sich sofort ihrer Herkunft: sie radebrechen ualenisch.

Wind bläst! Wind bläst! für die „Heilige Cécilie!“ Blase! Herr Teufel!

Diesmal macht sich niemand über ihn lustig.

Wir sehen die Mündung des Dyapof.

Der Wind hört auf den Ruf Strong's, er bläst stärker.

Der Dyapof ist breit wie ein Meer. Wir legen bei ihm an. Er verschlingt uns durch eine Art geheime Strömung, wie Sternschuppen.

(Fortsetzung folgt.)

Steuerrangelegenheiten, Betriebsratsfragen und andere. Der Motivenbericht hebt mit Recht hervor, daß die

Unzulänglichkeit der materiellen Versorgung der Richter

sich verhängnisvoll bemerkbar macht. Auch in dieser Beziehung muß Abhilfe geschaffen werden, denn unter dem jetzigen unregelmäßigen Zustand leidet das ganze Justizwesen.

Die Haft wird länger ausgedehnt, als unter normalen Verhältnissen notwendig wäre, die Hauptverhandlung und die Erledigung des Rechtsmittelsverfahrens zieht sich weit hinaus, die Prozesse dauern viel länger und kosten viel mehr als es notwendig wäre.

Endlich urgiert Genosse Schweichhart den Entwurf über die

Behandlung politischer Häftlinge.

der irgendwo stecken gelassen ist. Es ist und bleibt eine Schande, daß den nach dem Schulgesetz Verurteilten nicht einmal die Rechte erwahrt werden, die das alte Oesterreich den politischen Häftlingen zugestanden hat. Wir fordern, daß dem Standal ein Ende bereitet werde, politische Gefangene gleich gemeinen Verbrechern zu behandeln. Ein lebhaftes Interesse haben wir am Strafvolk auch insofern, als wir eine Zivilkontrolle der Gefangenenhäuser und Strafanstalten anstreben; der diesbezügliche Antrag Blatny und Genossen ist aber ebenfalls irgendwo unter den Akten begraben.

Wenn wir auch gegen den vorliegenden Regierungsentwurf nicht opponieren, müssen wir doch klipp und klar aussprechen, daß wir in die Justizverwaltung kein Vertrauen setzen können, weil wir wissen, daß sie in den Händen des kapitalistischen Klassenstaates ein Werkzeug zur Niederhaltung der arbeitenden Klasse ist und bleibt, bis der Kapitalismus überwunden sein wird! (Lebhafte Beifall.)

Dr. Reibl (Deutschm.) erklärt, kein Mensch habe mehr Vertrauen zur Justiz; man brauche sich nur des Falles Popelka zu erinnern. Auch er tritt für eine entsprechende Bezahlung und eine menschliche Behandlung der Richter ein.

Dann werden ohne Debatte zwei Gesetzesentwürfe angenommen, welche Schuldüberschreibungen der Mittels- und der Südböhmischen Elektrizitäts-Gesellschaft Kapitalrückzahlung zuerkennt, worauf der zuerst verhandelte Entwurf über die Abänderung der Strafgesetze in erster Lesung angenommen wird.

Nach Vornahme der zweiten Lesung der staatlichen Altersunterstützungen wird die

Verlängerung der Mieterhöhungsgesetze

in Verhandlung gezogen.

Das Referat des tschechisch-amerikanischen Petr ist eine einzige Entschuldigung der Hausherren gegenüber, daß nicht schon längst der Mieterhöhung völlig aufgehoben und mindestens der sechsfache Friedensmietzins eingeführt ist. Man müsse aber doch Rücksicht auf die vielen Zehntausende in den Städten nehmen, die ohne Wohnung sind, und dann ginge eine Mieterhöhung nicht ohne Erhöhung der Mieten und Gehälter der öffentlichen und privaten Angestellten ab. Eine großzügige Lösung dieser Frage werde vorbereitet, dazu brauche man aber Zeit, und die solle eben durch die Verlängerung des bestehenden Gesetzes bis Oktober gewonnen werden.

Roudnicky glaubt, daß man bezüglich der Wohnungsnot schon aus dem Vorgesetzten drängen sei. Wenn die Bauverhältnisse bis Ende 1929 verlängert werden, dann werde der Wohnungsmangel im Jahre 1931 schon nicht mehr existieren und die Hausherren werden dann froh sein, wenn sie alle ihre Wohnungen besetzt haben. Das Wohnungsgeminderministerium habe alle möglichen Erhebungen angestellt; jetzt sei noch eine weitere Frist nötig, um sich zu entscheiden, ob man schon an die definitive Lösung des Problems schreiben kann oder vielleicht das Provisorium so lange verlängern müsse, als der Schutz notwendig sei.

Ueber die Bauförderung referiert Dubicky. Er schildert die üblen Folgen der fortgesetzten Provisorien in der Frage der Bauförderung. Dieser Zustand sei unhaltbar. Im letzten Jahr wurde die Staatsgarantie für 176 Finanzhäuser und 1771 Familienhäuser mit 5258 Wohnungen gewährt, deren Bauaufwand etwa 345 Millionen betrug. Die bisherige Staatsgarantie beläuft sich auf etwa 160 Millionen, so daß die vorgeschlagene Erhöhung dieses Betrages um 50 Millionen gerechtfertigt sei. Referent Belarek (sch. Gewerbetreib.) tritt dafür ein, dem Hausbesitzer zu Rechtssicherheit und entsprechende Rentabilität zu verhelfen. Der Weg dazu sei die Liquidierung des Mieterhöhungsgesetzes und die Rückkehr zum freien Mietvertrag.

Die Debatte über die beiden Vorlagen und die Verlängerung des Ausschusses der exekutiven Räumung von Wohnungen wird vereinigt. Nach dem ersten Debattenredner Genossen Rečas wird die Sitzung abgebrochen und auf morgen Donnerstag 2 Uhr nachmittags verlegt.

Der Zensur zum 4. März. Die tschechisch-slawische Zensur hat den 4. März nicht übergehen lassen, ohne doch nicht wenigstens ein deutsches sozialdemokratisches Blatt zu konfiszieren. Diesmal wurde unser Reichensberger Blatt, der „Freigeist“, von diesem demokratischen Gericht getroffen. Der Leitartikel dieses Blattes zum Gedenken der Märzopfer weist im Druck mehr weiche Flecke als Text auf. Dem hilft der Zensur auf diese Weise? Wir wollen hoffen: dem „Freigeist“.

Der Aufstand in Mexiko breitet sich aus.

March auf die Hauptstadt.

Laredo (Texas), 6. März. Die Schlacht um Monterrey, die Haupt- und größte Stadt Mexikos in der Provinz Nuevo Leon, in welcher die Aufständischen unter Führung des Generals Jose Escobar, des Hauptkommandanten der revolutionären Truppen, siegen, war der erste ernsthafte Zusammenstoß der Regierungstruppen mit den Revolutionären. Die Regierungskreise in Mexiko City versichern, dieser Mißerfolg der Federaltruppen habe bereits durch die Kapitulation der Garnison der Aufständischen in Orizaba eine Nemeur erfahren. Diese Kreise erklären weiters, daß alle Anstrengungen zur vollständigen Unterdrückung der Revolution unternommen werden. Die Regierung hat ein Dekret erlassen, in welchem die Beschlagnahme des Eigentums der Führer der Aufständischen verfügt wird. Gegen die Hauptstadt Mexiko rücken Truppen der Aufständischen aus verschiedenen Teilen der Republik vor. Der ehemalige Präsident Calles steht an der Spitze der Regierungstruppen in der Stärke von 10.000 Mann, welche die Hauptstadt verteidigen sollen. Die Regierung entsandte rasch große Truppenabteilungen nach Sonora und Vera Cruz, wo bereits Kämpfe mit den Aufständischen stattgefunden haben.

USA. unterstützt die Regierung.

London, 6. März. „Times“ schreiben im Leitartikel zum mexikanischen Aufstand: Es ist bezeichnend, daß Präsident Hoover zu verstehen gab, das Verbot, Waffen nach Mexiko auszuführen, bleibe in Kraft. Dies bedeutet, daß die Aufständischen, abgesehen von geschmuggelten, keine Waffen von den Vereinigten Staaten erhalten werden, während die mexikanische Regierung in der Lage sein wird, allen Kriegsbedarf zu erhalten, um den Aufstand zu unterdrücken. Amerikanische Bankiers sind ebenfalls bereit, der mexikanischen Regierung jede finanzielle Unterstützung zu gewähren, die dem gleichen Zweck notwendig sein wird. Portes Gil und sein Kriegsminister Calles können zuberichtlich sein.

Washington, 6. März. Präsident Hoover traf die Entscheidung, daß die Vereinigten Staaten auch weiterhin die mexikanische Federalregierung unterstützen werden. Es heißt, daß die

mexikanische Regierung bereits um große Munitionsendungen angeht.

Erfolge und Mißerfolge.

Washington, 6. März. Wie aus Mexiko berichtet wird, ist die Stadt Chihuahua zu den Aufständischen übergegangen, während in Monterrey eine Art von Waffenstillstand zwischen den Anhängern der Regierung und den Revolutionären herrscht. Jene halten das Gefängnis, diese den Stadtplan besetzt. Nach einer Meldung aus der Stadt Mexiko City unterstüßte etwa ein Zehntel der Armee, 10.000 Mann von 60.000, den Aufstand. Bei den meisten Gefechten kommen nur einige hundert Mann, höchstens einige tausend, in Frage. Der mexikanische Botschafter in Washington erklärte: Der March Obregons im Jahre 1920 gegen die Hauptstadt dauerte eininhalb Jahre, die Gefahr eines baldigen Angriffes auf Mexiko City ist also nicht allzu groß. Aus Mercola wird gemeldet, die Stadt Sam Luis im State Sonora sei von den Regierungstruppen ohne Widerkampf eingenommen worden.

New York, 6. März. (Reuter.) Den letzten Nachrichten aus Nordmexiko zufolge hat der aufständische General Francisco Manzo die Offensive entlang der Westküste des Stillen Ozeans in der Richtung von Sonora eröffnet. Die Regierungstruppen sind bemüht, seinen Vormarsch so lange aufzuhalten, bis sie Verstärkungen erhalten. Die Regierung will zunächst die Aufständischen aus Veracruz vertreiben, um in den dortigen Hafen Truppen, Waffen und Munition bringen zu können. Bis dahin wird der Vormarsch gegen die nördlichen Bezirke, wo die Anhänger viele Anhänger haben und auch gut besetzt sind, aufgeschoben.

New York, 6. März. (Reuter.) Aus Laredo (Texas) wird gemeldet, daß die mexikanischen Aufständischen die Stadt Chihuahua besetzt haben.

Aus Mexiko City wird offiziell gemeldet, daß sich in der Stadt Orizaba die gesamte aufständische Garnison, im ganzen 500 Mann, den Regierungstruppen ergeben hat. Aus Mexiko City wurden nach Veracruz 15.000 Mann Infanterie und Kavallerie und nach Sonora 10.000 Mann entsandt. (Die Provinzen Veracruz und Sonora sind in der Gewalt der Aufständischen.)

Der Hüter der Gerechtigkeit.

Herr Popelka, der Dienstag von einem Prager Schöffengericht freigesprochene Erste Präsident des Obersten Gerichtshofes ist eine der mächtigsten Persönlichkeiten der Republik. Er sollte als der erste Präsident ihres ersten Gerichtes auch einer der moralisch vorbildlichen Menschen, eine Verkörperung des Gedankens der Gerechtigkeit sein. Es wird einige Leute geben, die nach dem Prager Freispruch glauben, Herr Popelka, dem von einem Kollegen der niedrigen Instanz nun seine Lauterkeit und Gerechtigkeitsliebe bestritten wurde, Herr Popelka sei tatsächlich ein würdiger Greis, der nur der Idee der Gerechtigkeit dient und vor dessen Richterstuhl sich keine schlimme Sache flüchten könnte. Die Leser und Erzeuger der „Narodni Listy“ etwa, die den Gipfel der Gerechtigkeit darin erblicken, daß es zweifellos Recht zu geben habe, werden Herrn Popelka, der so hitzig die Sache des Nationalstaates nach Aramars Rezept vertheidigt hat, für den Gerechtesten aller Gerechten halten. Sie werden ihm der vorgibt, die Staatsautorität zu schützen, wenn er Leute beschimpft, die sich auf das Gesetz berufen, als einen wahren Diener der erhabenen Idee hinstellen, der er dienen sollte.

Aber außerhalb dieser Kreise müßte das Vorgehen des Herrn Popelka auch im tschechischen Volke einiges Staunen erregen, wenn man sich schon zur Mißbilligung nicht aufraffen kann. Herr Popelka hat in einen Streit eingegriffen, in dem er sich zunächst zur Streitpartei machte, wo er nur schlichten und urteilen soll, und er hat seine Stellung dann zu urteilen benützt, wie sie nach unserem rigorosen Pressegesetz bisher nicht zulässig waren. Er hat nichts Tadelnswertes darin erblickt, daß seine unumwundenen Kollegen am Obersten Gerichtshof sich mit ihm solidarisch erklärt haben, obwohl er wissen mußte, daß der Prozeß nun vor dieses Gericht kommen wird. Der oberste Hüter der Gerechtigkeit weiß nicht nur in einem Streit, der in der Öffentlichkeit um die Gerechtigkeit der Standpunkte zweier Gerichtshöfe entbrannt ist, auf journalistischen Wege ein, er beschimpft nicht nur eine ganze Berufs-kategorie, mit der er von Amtswegen so oft zu tun hat, er findet es auch in Ordnung, wenn Richter in einer Sache, über die sie zu urteilen haben, von vornherein eine Meinung, also ein Vorurteil abgeben! Was würde man sagen, wenn die Mitglieder eines Schwurgerichtes, bevor ein Prozeß beginnt, in dem sie zu richten haben, sich mit dem Angeklagten solidarisch erklärten! Herr Popelka und sein Richter provozieren eine Situation, die wohl einmalig und unerhört zu nennen ist, daß nämlich eine Klagepartei den ganzen Obersten Gerichtshof des Staates als bekann anfechten muß. Wie dabei Herr Popelka, der darin, daß er dreieinhalb Millionen seiner Mitbürger die Verfolgung eines gesetzlichen Anspruches als Rebellion gegen die Souveränität des Staates ankreidet wie er dem Gedanken der Souveränität des Staates, der doch nur im Vertrauen mindestens

durch seine Praxis dient, dafür hat der Anwalt zu seinen Gerichten wirklich begründet sein kann, der fliegenden Vereine, Dr. Edstein, in dem Prozeß drastische Beispiele angeführt. Er erzählte z. B. folgenden Fall:

Vor den Obersten Gerichtshof kam die Revision eines Klägers, der aus Mährisch-Straustammend und deutscher Volkszugehörigkeit, deutsch prozessiert hatte. Der Oberste Gerichtshof verlangte von ihm den Nachweis, daß er wirklich Deutscher sei; erbringe er ihn nicht binnen acht Tagen, so werde die Revision abgewiesen. Man bedachte schon hier die Umgekehrte Pflicht einer Rechtspflege, die dem Rechtsuchenden die Vorteile des Gesetzes streitig macht, weil ihr seine Sprache nicht paßt, die ihm ganz offen erklärt: Wir wissen zwar nicht, ob du recht hast, aber wenn du ein Tscheche bist, der sich der deutschen Sprache bedient hat, hast du auf jeden Fall unrecht!

Der Kläger erbrachte zeitgerecht den Nachweis. Der Akt wurde neuerlich zurückgestellt; der Kläger möge nachweisen, daß er sich auch zur deutschen Nationalität bekannt habe. Nach Erledigung der Schikane wird der Akt zum drittenmal zurückgestellt; der Kläger soll nachweisen, daß er sich 1921 bei der Volkszählung zur deutschen Nation bekannt habe. Der Nachweis wird durch Einbernahme erbracht. Nun wendet sich der Oberste Gerichtshof, die Stelle, an der Herr Popelka Recht spricht, an das statistische Staatsamt um Auskunft über das Vorkommen des Klägers in der Volkszählungsliste. Das statistische Staatsamt lehnt die Antwort unter Berufung auf das Amtsgeheimnis ab. Man bedenke: das Oberste Gericht des Herrn Popelka, die letzte Instanz, vor der sich ein Staatsbürger Recht holen kann, muß sich von einem Amte über das gesetzliche Amtsgeheimnis belehren lassen!

Das Oberste Gericht hat noch nicht genug. Es forderte den Kläger auf, nun selbst beim statistischen Staatsamt die Bestätigung eingeholen, widrigenfalls die Revision nicht zur Kenntnis genommen würde. Der Kläger beschwerte sich zwar, erbrachte aber aus Angst vor weiteren Schikanen, die doch Zeit und Geld kosten, den Beweis. Das sind also die Sorgen des Herrn Popelka, so stark er in der Praxis die Staatsautorität im Denken der Staatsbürger, das ist das Bild einer Rechtspflege, wie sie den Untertanen durch das Gericht des Popelka vermittelt wird.

Man kann diese Praxis natürlich als staats-erhaltend billigen, wenn man auf dem Standpunkt der „Narodni Listy“ steht, daß der Staat am besten durch die dauernde Unzufriedenheit eines Drittels seiner Bürger zu erhalten sei. Sieht man als die Grundlagen des Staates die Zufriedenheit der Staatsbürger und ihr Vertrauen in die staatlichen Institutionen an, so wird man gegen die Praxis des Popelka wie gegen seine Gesinnung auch vom „staats-erhaltenden“ Standpunkt aus mancherlei Bedenken haben!

„Tribüne“

Das März-Heft (Nr. 11) der

ist soeben erschienen. Es umfaßt 32 Seiten und enthält folgende Beiträge:

- Karl Kautsky: Nochmals die Gemeinsamkeit des sozialdemokratischen und des kommunistischen Endziels.
- Emil Strauß: Brauchen wir Viehzüchter?
- Olga Romanowitska (Berlin): Die Industrialisierung in der Sowjetunion.
- Wolff Reigner: Die Gemeindefinanzfrage.
- Dora Fabian (Berlin): Shaw's „intelligente Frau“ und der Sozialismus.
- Leopold Goldschmidt: Arbeiterkraft und Müßiggang.

Bemerkungen. Bücherchau.

Preis des Heftes 4 Ks. — Jahresbezug 40 Ks.

Bestellungen sind zu richten an Vertrauensleute, Parteisekretariate, Schriftenabteilungen und Volksbuchhandlungen oder direkt an die Verwaltung der „Tribüne“, Prag II., Retajanska 18.

Einberufung der Landesvertretung Böhmens

Für den 21., 22. und 23. März.

Der Landesauschuh beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Zusammenstellung des Programms für die Session der Landesvertretung, die für den 21., 22. und 23. d. M. einberufen wird. Der Sitzung werden vorliegen die Unterlagen vom Budget für das Jahr 1929, der Antrag auf Einsetzung von elf Landeskommissionen, und zwar: Budgetkommission, zusammengesetzt aus 24 Mitgliedern und ebensoviel Erfahrmännern, einer Rechtskommission, einer Gesundheitskommission, einer Kommission für soziale Fürsorge, einer Verkehrskommission, einer Kommission für Elektrifizierung, einer landwirtschaftlichen Kommission, einer Gewerbekommission, einer Kommission für Meliorationen und Wasserwege, einer Kultur- und Schulkommission und einer Kommission für die Angestellten, welche aus je zwölf Mitgliedern und ebensoviel Erfahrmännern bestehen werden. Ferner werden auf der Tagesordnung die von den einzelnen Parteien eingebrachten Anträge mit dem Antrage des Ausschusses zur Verhandlung stehen. Seitens unserer Partei sind folgende Anträge gestellt: Ausarbeitung einer Ordnung über die Einhebung von Gebührenbeiträgen, Abgaben usw. im Sinne des § 38 des Gesetzes 125, Vorlage der Rechnungsabchlüsse und Voranschläge der letzten Jahre, Einsetzung von Kommissionen in den aufgelösten Bezirken, Regelung des Sprachgebrauches in der Landesvertretung, Abänderung des Gesetzes über die Verwaltungsreform, Novellierung des Gesetzes Nr. 77/1927 (Gemeindefinanzgesetz), Führung stenographischer Protokolle und deren Drucklegung, Einsetzung von Kommissionen, ein Antrag betreffend das regelmäßige Stattfinden der Sitzungen der Landesvertretung, ein Antrag zwecks Herabsetzung der Höchstzahl der Schulkinder in einer Klasse und auf Wiederherstellung des Aufsichtrechtes des Landesauschusses gegenüber den Landesgeldinstituten.

Dem Parlament ist bereits ein Antrag auf Verstaatlichung des Nationaltheaters zugegangen. Bis zur Wirksamkeit dieses Gesetzes beantragt der Landesauschuh die Einsetzung einer aus Mitgliedern des Ausschusses und von Fachmännern zusammengesetzten Kommission zur Betriebsführung.

Theaterverstaatlichung.

Im Kulturausschuh des Abgeordnetenhauses wurden gestern nach längerer Debatte die beiden Vorlagen über die Verstaatlichung des Nationaltheaters und des böhmischen Landesmuseums angenommen. Genosse de Witte erklärte in der Debatte, gegen die Vorlage seinen prinzipiellen Einwand zu erheben; als Sozialdemokrat müsse er jeder Nation die Förderung der Pflege ihrer Kultur gönnen. Bedenken möchte er nur erheben, falls nicht entsprechend dafür vorgesorgt würde, daß das Narodni divadlo gegen solche Einflüsse des Staates geschützt würde, die eine Gefahr für die Kunstpflege werden könnten. Man hat seine Erfahrungen über die Führung von Staatstheatern aus anderen Staaten und weiß, daß die jeweiligen Regierungen diese Kunstinstitute dann restlos in den Dienst ihrer Interessen stellen, womit dann der Kunst häufig ein sehr schlechter Dienst geleistet wird.

Bei diesem Anlasse verteidigt Genosse de Witte auf die Not unserer deutschen Theater und verlangt, daß bei der Aufstellung des nächsten Staatsbudgets auch die Bedürfnisse der deutschen Theater eine entsprechende Berücksichtigung finden.

Konflikt zwischen Rübenbauern und Zuckerraffinerien.

Warschau, 6. März. Zwischen den Zuckerrübenbauern und den Zuckerraffinerien ist ein Konflikt ausgebrochen. Die Zuckerrübenbauer fordern eine Erhöhung des Zuckerrübenpreises, der bisher per 100 Kilogramm Zuckerrübe der Relation von 6,4 Kilogramm Zucker entspricht. Diese Forderung wird von den Raffinerien unter Hinweis darauf abgelehnt, daß der Zuckerrübenpreis im Vergleich mit den Preisen der übrigen Bodenprodukte genügend hoch bemessen ist. Der Verband der Zuckerrübenbauer hat beschlossen, seinen Mitgliedern aufzutragen, den Zuckerrübenbau entweder ganz einzustellen oder doch nach Möglichkeit einzuschränken.

Die Ueberfüllung der Schulklassen.

Antrag deutscher sozialdemokratischer Mitglieder der Landesvertretung Böhmens auf Festsetzung der Höchstschülerzahl einer Klasse mit 40

Nach dem Gesetze vom 13. Juli 1922, Nr. 226 Slg. d. G. u. V., darf die Zahl der Schüler in einer Volksschulklasse in den Schuljahren 1927/28 bis 1931/32 bei einstufigen Volksschulen 65, bei allen anderen Volksschulen 70 Schüler nicht überschreiten. Für die kommenden Jahre sieht das angeführte Gesetz eine weitere Herabsetzung der Schülerhöchstzahl vor, welche aber auch nach der Herabsetzung noch das im Interesse der Schulbildung zu fördernde Maß weit übersteigt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ausnützung der durch das Gesetz gezogenen Höchstgrenze

Die schwersten Nachteile für die betroffene Schulfugend

haben muß. Das Zusammenpressen so vieler Kinder in einem Räume, welcher in vielen Fällen nicht entsprechend beleuchtet und durchlüftet werden kann, die Unmöglichkeit der individuellen Behandlung der Schüler durch den Lehrer, welche besonders bei den niedriger organisierten Schulen eine grundlegende Voraussetzung des Unterrichtserfolges ist, müssen eine Schädigung der betroffenen Kinder zur Folge haben, welche um so schwerer wiegt, als die Volksschule für weite Kreise der Bevölkerung das einzige Bildungsinstitut ge-

blieben ist. Außer den Gefahren für die Gesundheit bedeutet dieses System auch eine schwere Benachteiligung in erster Linie der Kinder der Unbemittelten, welchen ihr Existenzkampf durch solche unzureichende Schulbildung erschwert wird.

Es ist daher eine wohlbeachtete Forderung der Lehrerschaft und der Eltern, daß die zuständigen Behörden von der bisher besonders gegen die deutschen Schulen geübten Praxis abgehen und daß überall dort, wo es die hohe Schülerzahl in den Klassen erfordert, neue Klassen errichtet und event. niedriger organisierte in höher organisierte Schulen verwandelt werden.

Die deutschen sozialdemokratischen Mitglieder der Landesvertretung Böhmens haben daher gestern einen Antrag überreicht, die Landesvertretung möge beschließen, vom Schuljahre 1929/30 an

überall dort, wo mehr als vierzig Schüler in einer Klasse vereinigt sind, Parallelklassen, event. höher organisierte Schulen zu errichten.

Die Deckung der hierdurch entstehenden Mehrkosten ist teils durch die jährlichen Ueberschüsse des Landeshaushalts, teils durch erhöhte Zuweisungen des Staates vorzunehmen.

Hat Jesus gelebt?

In der Unabhängigkeitserklärung des tschechoslowakischen Volkes durch keine provisorische Regierung vom 18. Oktober 1918 heißt es: „Im fortwährenden Streben nach Fortschritt wird er vollständige Freiheit des Gewissens, der Religion und Wissenschaft, Literatur und Kunst, Sprache, Presse und das Recht auf Versammlungen und Petitionen gewährleisten. Die Kirche wird vom Staate getrennt werden...“ Die Schlüsselfätze dieses von Masaryk, Stefanik und Benes unterzeichneten Manifestes lauten: „Wir glauben an Demokratie, wir glauben an Freiheit, an Freiheit für immerdar!“

Nicht allzu lang ist's her, wo diese Worte geschrieben, gedruckt und vielfach mit Begeisterung gelesen wurden. Heute (eigentlich schon längere Zeit) kann man sagen, daß der Weg zur „Hölle“, d. h. zur Reaktion, mit guten Vorsätzen gepflastert ist, denn das ungefähre Gegenteil jenes Programms ist Wirklichkeit geworden.

Nicht einmal die Freiheit der Wissenschaft ist jetzt mehr gewährleistet. Beweis: In den nächsten Tagen sollten im Rahmen der Freidenkerorganisation in Auf- folge folgende 2 Vorträge des Religionshistorikers Prof. Artur Drews aus Karlsruhe stattfinden:

1. „Hat Jesus gelebt?“
2. „War Petrus je in Rom?“

Bewilligt wurden nur Plakate mit dem Aufdruck: Der bekannte Rel.-Historiker Prof. Artur Drews spricht am... in... über seine Forschungsergebnisse.“ Polizeikommissar Stoba erklärte die beiden Titel als „aufreizend“.

Da spricht man so oft vom „entösterreichern“. Tatsache ist, daß im alten Oesterreich in dieser Beziehung größere Redefreiheit herrschte. Ueber das Thema „Hat Jesus gelebt?“ ist von ausländischen (reichsdeutschen) Rednern vor dem Arvege in Nordböhmen ungeniert gesprochen worden. Auch die Plakatierung dieses für die Merikalen sicherlich nicht angenehmen Themas erfolgte anstandslos. Der ganze Effekt der damals nicht verbotenen Versammlung bestand darin, daß die römisch-katholische Geistlichkeit den Nachweis zu erbringen verfuhrte, Jesus habe gelebt. Sonst geschah keinerlei Unklug für den Staat und die menschliche Gesellschaft. Der Titel des zweiten verbotenen Vortrages „War Petrus in Rom?“ kann fromme Gemüter unmöglich besonders aufregen. (Uebrigens hören sich die Merikalen gewöhnlich diese Vorträge heute nicht mehr an.)

Weit ist's mit der Freiheit und Demokratie (die bekanntlich Diktation sein soll) in der Tschechoslowakei gekommen, die in allen guten Dingen in der Welt voran sein will! Freilich, heute sitzen dank der Indolenz vieler Wähler (auch aus proletarischen Kreisen) einige Exzerkulate in der Regierung als Minister. Der eine macht die Sozialpolitik (daß Gott erbarm!), ein anderer hält Vorträge in den Merikalen Vereinen über das Leben und Wirken des Heiligen Frau von Assisi, der dritte besucht die Mess in Konnerstuth und der vierte geht täglich früh vor Amtsantritt in die Kirche. Diesen mächtigen Herren und ihrem Anhang ist schon die Frage: „Hat Jesus gelebt?“ ein „Staatsverbrechen“, noch mehr aber die Antwort, die ein Gelehrter von Welt auf darauf geben könnte. Darum her mit der Maulkorb! Von da bis zu den barbarischen Maßregeln, mit denen man in der „alten Welt“ die Meher ins bessere Jenseits befördert, ist wahrlich nicht mehr allzu weit.

Prager Kurse am 6. März.

	Wert	Summe
101 holländische Gulden	1:51.85	1355.85
100 Reichsmark	80.22	802.72
100 Belas	408.30	408.30
100 Schweizer Franks	648.07	650.07
1 Pfund Sterling	163.51	164.21
100 Lire	176.50	177.90
1 Dollar	33.73	33.83
100 französische Franks	131.74	132.14
100 Dinar	59.15	59.41
100 Bengas	587.75	589.75
100 polnische Głoth	377.61	379.09
100 Schilling	474.02	475.52

Nimm
ODOL
zweimal den Tag
Besuch Deinen Zahnarzt
zweimal das Jahr!

Die Korruption blüht... Der Fall Sidel.

Ein aktiver Offizier, Oberleutnant, obendrein ein Offizier aus dem Verteidigungsministerium, betreibt den An- und Verkauf staatlicher Baulose. Auch wenn diese Geschäfte nach den Normalbegriffen der realen Geschäftswelt sich einwandfrei abgewickelt hätten, bliebe es immer noch ein Kuriosum, daß ein aktiver Offizier, beschäftigt in einem Ministerium, überhaupt solche Geschäfte betreiben kann. Er kann sie aber nur betreiben, wenn er Geschäfts-freunde findet. Daß er sie in der Finanzwelt Prags fand, obwohl er Offizier war, ist das zweite merkwürdige an der Sache und dürfte kaum in einem mitteleuropäischen Staat ein Gegenstück finden.

Aber die Geschäfte Sidels waren gar nicht reell. Er hat Baulose vom Tageskurs gekauft, das Geld dazu hat er von seinen „Geschäftsfreunden“ vorher erst herausgelockt, unter der Vorspiegelung, daß er durch seine besonderen Beziehungen besonders günstig einzukaufen in der Lage sei und er hat dann die Baulose, deren Tageskurs 630 Kronen betrug um 500 Kronen verkauft und um den Verlust zu decken, hat er sich bei seinen „Geschäftsfreunden“ weitere „Vorschüsse“ geben lassen und dies so oft wiederholt, bis — nun bis eben doch jemand Verdacht schöpfte und die saubere Geschichte aufzog. Diese Betrügereien haben einen Umfang angenommen, daß man von einer Schadenssumme von 10 bis 15 Millionen Kronen spricht.

Mit der Aufdeckung des ganzen Schwindels sind die Vorgeschäfte des Herrn Oberleutnants Sidel, in das Stadium des Kriminalen getreten und normaler Weise müßte jetzt der Staatsanwalt seine Mission beginnen, die Untersuchung einleiten und durchführen, denn Straf-prozess nach §§ 30 und 31 und Urteil nach §§ 32 und 33 und so und so und Zwischenschlichtung der Privatgeschädigten. Nebenbei bemerkt müßte unserem Vorfürheren noch auch ein Prozeß nach den Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Republik die Folge sein, denn daß der Herr Oberleutnant mit seinen Geschäften das Ansehen des Staates nicht gehoben hat, dürfte wohl unbestritten sein. Wenn der Verlauf der Affäre diesen Gang nähme, wäre es nur das Selbstverständliche, es gäbe eine kleine Sensation im Gerichtssaal und in der Presse, aber schon nach ein paar Tagen wäre Sidel vergessen wie sein Fall.

Zu dem wird es aber nach den letzten Meldungen über den Fall nicht kommen. Würde der Fall so behandelt werden, wären aller Wahrscheinlichkeit nach außer dem Herrn Oberleutnant Sidel auch noch seine „wie es scheint — recht zahlreichen „Geschäftsfreunde“, die durchwegs den besseren und besten Gesellschaftskreisen angehören, kompromittiert, es gäbe möglicherweise Zensurverfahren und Scherereien genug und dabei wäre es kaum eine Straffrage, ob die Geprüelten einen Heller von dem zurück erhalten würden, was ihnen der Herr Oberleutnant abgedrückt hat. So haben die von Sidel hereingelegten — Prager Finanzleute, möglicherweise auch höhere Beamte aus staatlichen Ämtern — einem Akt der Solida-

rität gelehrt: Sie wollen keine Zivilprozesse gegen Sidel anhängig machen und haben beschlossen, den „vorigen Stand“ wieder herzustellen, d. h. diejenigen, die aus den Geschäften mit Sidel Nutzen gezogen haben, wollen den Schaden der weniger Glücklichen decken, so daß niemand geschädigt ist. In diesem Falle würde natürlich die Grundlage der Strafverfolgung für Sidel wegfallen und der Herr Oberleutnant hätte weder einen Prozeß noch eine Verurteilung zu fürchten oder auch nur zu erwarten. Alles was ihm geschehen könnte, könnte im schlimmsten Falle ein Disziplinarverfahren sein und was kann dabei schon herauskommen? Veretzung in eine andere Dienststelle...

Wäre es nur der Fall Sidel, man bräuchte, trotz seiner Ungehuerlichkeit, kein weiteres Wort darüber zu verlieren. Aber es ist eben doch nicht nur der Fall Sidel, sondern ebenso auch der Fall der „Prager Finanzleute“, die nicht in der Öffentlichkeit und in Verbindung mit dem Fall Sidel genannt sein wollen, die sich als nicht geschädigt erklären und doch geschädigt sind und das um erhebliche Beträge, deren Höhe man aber nach dem Stand der Dinge nicht erfahren wird. Es müssen immerhin kapitalstärkige Leute sein, die ohne mit einer Wimper zu zucken auf recht große Beträge verzichten können, und damit ihr Name nicht mit einer recht unsauberen Geschichte in Verbindung gebracht wird.

Wirklich nur deswegen? Ist es nicht denkbar, daß im Falle einer gründlichen Untersuchung noch mehr ans Tageslicht gefördert wird und vielleicht das der wahre Grund ist, wes-

wegen es auf einmal keine Geschädigten gibt? Möglich ist das immerhin auch und es wäre ja nicht die erste unsaubere Affäre, die auf kaltem Wege „bereinigt“ worden wäre. Aber wenn auch das nicht zutrifft, für die Sidel's eröffnen sich recht verlockende Perspektiven. Jemand ein Sidel organisiert einen großangelegten Schwindel, der ihm durch den Offiziersrod und seine Stellung erleichtert wird. Wenn er eine Anzahl „Prager Finanzleute“ hereingelegt hat, erklären sich diese als „nicht geschädigt“, er entgeht dadurch der Strafverfolgung, hat sein „Geschäft“ gemacht und — bleibt ein Ehrenmann. Also: Korruptionisten, Mut gefaßt! Es kann Euch nichts geschehen! E. A.

Einflußreiche Leute verwickelt?

Das Abendblatt des „Právo Lidu“ bespricht die auffallende Tatsache, daß sich die im Falle Sidel Geschädigten nur zum kleineren Teile melden und bemerkt, daß in die Affäre einflußreiche politische Persönlichkeiten verwickelt seien, die sich alle Mühe geben, die Sache zu vertuschen oder doch in kleineren Grenzen zu halten. Der Vorgesehene Sidel's, ein Major Baumann, ist bereits suspendiert worden. Die Sache scheint also weitere Kreise zu ziehen, als vielen Leuten lieb ist und zu dem Skandal des Betrages selbst wird der größere eines Vertuschungsmanövers kommen, das die ganze fragwürdige Societät, die in die dunklen Geschäfte verwickelt ist, vor den strafrechtlichen Folgen schützen soll.

Volkswirtschaft.

An die Arbeiterchaft in den Hütten- und Walzwerksbetrieben Mittel- und Osteuropas!

Kameraden, Genossen!

Aus allen Teilen des Industriegebietes, dessen Arbeiterchaft wir vor zwei Jahren unter der Bezeichnung „Mitteleuropäische Schwerindustrie-Exekutive“ zusammenfaßten, um sie zur Verteidigung ihrer gemeinsamen Interessen aktionsfähiger zu machen, sind unserer Einladung folgend, Vertrauensmänner in großer Zahl in Brünn zusammengetreten, um die Auswirkungen unseres Zusammenschlusses zu prüfen und die allgemeine Situation, in der wir uns befinden, zu übersehen.

Kollegen! Der Verlauf der Konferenz erfüllt uns mit großer Zuversicht. Ihre Beschlüsse, können als günstige Vorzeichen unausbleiblicher Erfolge angesehen werden, des Erfolges, dem wir im Interesse der Lebenshaltung und der Menschenwürde unserer engeren Kameradschaft und zum Wohle der gesamten proletarischen Klasse brauchen. Frei von jeglicher Illusion, getragen von mutigem Ernst und Streben, die tatsächlichen Verhältnisse klar zu erkennen, prüfte die Konferenz den Kampf-boden, auf dem wir stehen, unterwarf sie die lohn- und sozialpolitischen Verhältnisse und gab ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß

auch die größte Macht der organisierten Unternehmerschaft an der Organisation und internationalen Solidarität der Arbeiterklasse ihre Grenzen finden muß.

Der Internationale der Unternehmer ist die aus starken Landesorganisationen zusammengesetzte Arbeiter-Internationale entgegenzustellen. Die gewaltigen Bemühungen gerade der Unternehmungen in unseren Ländern durch Lohndumping, durch Sabotage der Sozialpolitik, durch Kampf gegen die Organisationen der Arbeiter zu größerem Profit zu gelangen und mehr Bedeutung im Rahmen des internationalen Kartells zu finden müssen uns zur Verdoppelung unserer Anstrengungen veranlassen.

Die Arbeiterchaft unausgesetzt aufzutreten, mit Zuversicht und Kampfeslust zu erfüllen und ihr die Organisationen als die einzigen tauglichen Instrumente in unserem Kampfe zu gewinnen.

Groß und zahlreich sind die Möglichkeiten, die sich uns bieten, ebenso zahlreich und groß unsere Pflichten. Der Achtstundentag ist noch immer nicht Gemeingut aller Arbeiter, ist für die, die ihn haben, noch nicht gesichert. Der gewerkschaftliche Kampf um seine Erreichung und Sicherung muß mit allen verfügbaren Mit-

teln gestärkt und ergänzt werden. Durch öffentliche Kritik in Schrift und Wort, in Versammlungen, Kongressen und in Parlamenten muß mit aller Macht mindestens die Ratifikation der Washingtoner Konvention betrieben werden. Diese Anstrengungen müssen allerdings durch die Gewerkschaften überall unterstützt werden.

Dieser Kampf wird kompliziert und zuge-spitzt durch die organisatorischen Maßnahmen der kapitalistischen Klassen. In ihren

Internationalen Kartellen,

vor allem in der Internationalen Kohlenab-gemeinschaft, deren Ausbau sieberhaft betrieben wird, suchen sie sich ungünstige Machtpositionen. Produzenten und Konsumenten leiden unter dem Mißbrauch der Kartelle zugunsten einer kleinen Schicht. Demgegenüber muß und wird die Arbeiterchaft eine zeitgemäße Kartell-gesetzgebung anstreben, deren leitenden Gedanken die Kontrolle der Kartelle durch die Öffentlichkeit, nicht zuletzt durch die Interessenvertretungen der Arbeiterchaft bilden muß.

Die beliebteste Methode der Profitsteigerung auf Kosten der Arbeiter und der Konsumenten ist die

Nationalisierung,

welche besonders in den letzten Jahren betrieben wurde. Die administrative und technische Nationalisierung, die Konzentration der Betriebe und ihre technische Ausgestaltung erfordert von den Arbeitern Opfer aller Art. Die Gewerkschaften stehen vor der großen Aufgabe, die Arbeiterchaft auch gegenüber diesen Gefahren zu schützen. Das Recht auf Eigenpersönlichkeit, welches in der Zusammenballung des Kapitals so bedroht und eingeeignet ist, muß gewahrt werden durch Heranziehung der Arbeiterchaft zur Mitarbeit und Sicherung der ihr zukommenden Rechte. Betriebsausschüsse müssen respektiert werden, die durch die Nationalisierung neu geschaffenen Tatsachen auf ihre Wirkung auf den Arbeitsmarkt, auf Gesundheit und Kraft der Arbeiterchaft zu prüfen und durch sozialpolitische Maßnahmen zu paralysieren.

All diese Aufgaben, in der Linie des großen Kampfes des Klassenbewußten Proletariats gegen den Kapitalismus gelöst, können nur mit gewerkschaftlichen Mitteln ausgeführt werden. Laßt Euch von der drohenden Stellung und der gewaltigen Macht des Kapitalismus nicht einschüchtern und niederknien! Gewinnet und behaltet Vertrauen zu Eurer Kraft. Laßt uns zusammenstehen! Die neugewählte Exekutive ist bereit, jeden Eurer Kampfe zu schützen, jede Eurer Bestrebungen zu propagieren. In der Gewerkschaft liegt unsere Kraft. In der internationalen Solidariät unsere Zuversicht.

Es lebe die freie Gewerkschaft der Hütten- und Walzwerksarbeiter, es lebe der Sozialismus!

Die Exekutive der mitteleuropäischen Schwerindustriearbeiter.

Der Streik am Krankenhausbau in Teplich-Schönan.

Teplich-Schönan, 6. März. (Eigenbericht.) Es wurde im Laufe dieser Woche das Gerücht verbreitet, daß der Streik der Maurer am Krankenhausbau in Teplich beendet sei. Vom Bauarbeiterleiterat wird mitgeteilt, daß dieses Gerücht völlig aus der Luft gegriffen ist und entweder absichtlich von irgend einer Seite aus-gesprengt wurde, um diese Lohnbewegung zu schädigen oder aber, daß dieses Gerücht von bösen Jungen verbreitet worden ist.

Es haben zwar Verhandlungen zur Beilegung der Differenz stattgefunden, und es ist bei diesen Verhandlungen zu einer vollständigen Beilegung des Konfliktes nicht gekommen. Die weiteren Verhandlungen sollen erst eine endgültige Einigung herbeiführen. Von ihrem Ergebnis wird die Öffentlichkeit in Kenntnis gesetzt. Vorläufig wird der Streik in vollem Umfang aufrecht gehalten und ist Zuzug von Maurern zu diesem Bau nach wie vor ferngehalten.

„Der Sozialismus als Kulturbewegung.“

Vortrag Hendrik de Mans.

Der belgische Sozialist und frühere Leiter des Bildungswesens der belgischen Sozialdemokratie, Dr. Hendrik de Man, sprach Dienstag im Rahmen der Dniepr Akademie in deutscher Sprache über den Sozialismus als Kulturbewegung. Es darf wohl als bekannt vorausgesetzt werden, daß de Man in den letzten Jahren in Wort und Schrift eine neue, psychologische und „antimarkistische“ Begründung des Sozialismus vertreten hat. Was diese seine Ansichten betrifft, so entwickelte er sie auch in diesem Vortrag und das folgende Referat wird sie daher in kurzem wiedergeben.

Die Kultur in der kapitalistischen Gesellschaft könne nur eine kapitalistische Kultur sein. Der Sozialismus, daß die Ideen einer Zeit immer die Ideen der herrschenden Klasse seien, behauptet zu Recht. Der Klassenkampf der Arbeiterklasse in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts habe nichts anderes erzielt können, als den Zutritt der proletarischen Massen zu dieser bürgerlichen Kultur, oder besser zur Zivilisation. Denn Kultur beginne erst dort, wo eine Menschengeschichte zu eigener Gestaltung fähig sei, die Arbeiterklasse des Frühkapitalismus jedoch sei zu eigener Gestaltung nicht fähig gewesen, sondern habe einfach die herrschende Kultur als Zivilisation aufgenommen. Dabei sei für ihre Lebensgestaltung weniger das Vorbild des wirklichen Bürgerturns als das des Kleinbürgerturns, der Spiecher maßgebend gewesen, mit denen allein die Arbeiterklasse in persönlicher und enger Verbindung komme. Erst die Eroberung materieller Vorteile und vor allem einer größeren Freizeit, die im europäischen Durchschnitt um drei Stunden täglich erweitert worden sei, habe die Arbeiterklasse vor das Problem der bürgerlichen Kultur gestellt.

Bis hierher wird man auch als Marxist de Man widerspruchlos folgen, ja man wird die sehr gute und klare Analyse, die er gab und die freilich nichts Neues, nichts Originelles brachte, dem Vortragsmarxisten de Man aufschreiben müssen. Mit dieser Arbeit und eindringlichen Kraft der Ueberzeugung ist es sofort vorbei, wenn de Man „antimarkistisch“ wird, wenn er mit psychologischen Methoden Soziologie betreiben will. Da konstruiert er etwa nun den Widerspruch zwischen dem Arbeiter, der nur ein „verhinderter Kapitalist“ sei und dem Arbeiter, der nicht aus „Interesse“, sondern aus Gesinnung eine Ueberwindung des Kapitalismus anstrebe. Marx habe gelehrt, daß der Klassenkampf im Klasseninteresse, das heißt im Erwerbsinteresse begründet sei, in einem durchaus kapitalistischen, durch die kapitalistische Umwelt erzeugten Interesse des Proletariats. Weil ihn die kapitalistische Denkart seiner Umgebung zur Verfolgung seiner Interessen zwinge, werde der Arbeiter zum Klassenkämpfer, er sei nach Marx gar kein Sozialist, sondern ein Konkurrent des Kapitalisten, der mit diesem im Klassenkampf um den gleichen Kampfpreis ringe. Eine sehr feine Polemik, nur daß es absolut unerfindlich bleibt, wie Marx dieser psychologischen Kohl gepflanzt haben soll.

Marx hat weder seine Lehren aus der noch ganz bürgerlichen Willenslehre abgeleitet, die allerdings heute noch von so vielen Vulgarmarkisten als materialistische Geschichtsauffassung kolportiert wird, noch hat er das Klasseninteresse mit dem Erwerbsinteresse gleichgesetzt. Marx legt vielmehr schon im kommunistischen Manifest den größten Wert auf den dialektischen Widerspruch zwischen der Produktion und Aneignungsweise in der kapitalistischen Gesellschaft, er zeigt, daß die Arbeiter, die alle Güter erzeugen, gegen die Aneignung dieser Güter durch den Kapitalisten, gegen die „Expropriation“ der gesellschaftlichen Arbeit durch den Privatbesitzer der Produktionsmittel kämpfen müssen — warum nämlich? aus Erwerbsinteresse? — nein, weil sie nur durch die Befreiung dieser Produktions-, also dieser Eigentumsverhältnisse sich als Klasse aufheben, die Produktionsweise in Einklang mit der Aneignungsweise bringen können! Marx habe, meint de Man, von allem Anfang den Sozialismus als ein erstrebenswertes Ziel erkannt, er habe aber dann einen Beweis dafür finden wollen, daß dieser Sozialismus den notwendigen Ausweg aus dem Kapitalismus darstelle. Aber de Man sagt nicht, daß Marx doch von der Betrachtung des geschichtlichen Wandens ausgeht, die ihm die Entstehung der bürgerlichen aus der feudalen Gesellschaft als einen dialektischen Prozeß der Auseinandersetzung zwischen einer zur Hölle gewordenen Produktionsweise und den neuen Produktivkräften, in die lebendige Geschichte überleitet, zwischen den Trägern der feudalen und der bürgerlichen Produktionsweise zeigte, daß Marx auf diesem Weg bereits in der kapitalistischen Wirtschaft die Elemente einer neuen erkannte, die es nur in Freiheit zu setzen gilt, die aber nicht von den Kapitalisten, sondern nur von den Proletariern in Freiheit gesetzt werden können. Aus bloßem Erwerbsinteresse, das ohne Zweifel eine der psychischen Wurzeln der Klassenkampftheorie ist, wurden die Proletarier allerdings nicht Sozialisten werden, sondern vielleicht Syndikalisten Streiker und Zehner, die auf irgendeine Weise in die kapitalistische Herrenklasse aufsteigen wollen. Für den einzelnen Arbeiter mag de Mans psychologische Analyse stimmen. Aber Marx hat doch bewiesen, die Entwicklung hat es bezeugt und de Man anerkennt es ausdrücklich, wenn er von der Verschärfung der Klassengegnung spricht, daß auf diese Weise die proletarische Klasse nicht aufgehoben, die Ausbeutung nicht beseitigt wird. Der Aufstieg einzelner in das Bürgerturn ist mit der gleichzeitigen Proletarisierung hundert Kleinbürger verbunden, alle Versuche, das Proletariat wirklich zu befreien, müssen im Klassenkampf, das heißt eben in dem Kampf, nicht um den Anteil am kapitalistischen Ge-

Der Fall Bördsmarty

vor dem Obersten Gericht.

Brünn, 6. März. Beim Obersten Gerichtshof in Brünn begann heute die Verhandlung über die Rechtfertigungsbeschwerden, welche die Verteidiger Jan Mikallos und Dr. Jan Krepeta gegen das Urteil der Prager Geschworenen in dem bekannten Bördsmarty-Prozess eingebracht hatten. Bekanntlich war Jan Mikallos zum Tode durch den Strang und Dr. Jan Krepeta zu lebenslänglicher in Kerkern verurteilt worden. Dem Senat präsident der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes, Dr. Popelka, Dr. Brudla vertritt die Generalprokuratur. Als Referent fungiert der Rat des Obersten

Gerichtshofes Prochazka. Die Verteidiger der beiden Verurteilten Dr. Grabal und Dr. Kostečka nehmen an der Verhandlung teil.

Vormittags schilderte Referent Prochazka eingehend den Lebenslauf der ermordeten Margit Bördsmarty sowie der beiden Verurteilten und gab eine genaue Darstellung der bekannten Umstände, die dem Verbrechen vorausgegangen waren und unter welchen nach den Ergebnissen des Strafverfahrens der Mord vor sich gegangen war. Die Verhandlung ist auf vier Tage anberaumt.

Kunst und Wissen.

„Prinz Friedrich von Homburg.“

Kleist, der bürgerliche Revolutionär in den Fejeln des preussischen Militär- und Beamtenstaates, die er zeitweilig nicht zu brechen vermochte, Kleist, der Preuße und Franzosenhasser, durchläßt wie keiner seiner Zeitgenossen von napoleonischem, dämonischem Geist, gestaltet die Zerrissenheit seiner Seele in die Bilder des Prinzen von Homburg. Eine taube Zeit hörte den Schrei des Dichters nicht, dem doch ein Gott in reichem Maße gab, was er litt zu sagen. Während der „Prinz Friedrich von Homburg“ die alte Lebensbahn Kleist'scher Dramen geht, von Dramaturgen zu Verlegern, von Verlegern zu Sönnern und unbeachtet wieder zurück in die Lade des Hungers (nicht nur leblich, sondern ganz anders, wie Raabes Pastor „Hungersenden“) Dichters, liegt der Alt Kleist bei den preussischen Behörden und harret seiner Erledigung. Sie wird ihm erst, als der Dichter selbst den Weg der Selbstvernichtung gegangen ist, die er seinem Prinzen erspart. Hier liegt die Umkehrung des Werber-Schicksals vor. Der Dichter hat gläubig, hoffnungsvoll nach einem Jahrzehnt furchtbarer Enttäuschungen, den Helden begnadigt, aber sich selbst geopfert.

Daß der Patriotismus dieses Preußen nicht der echte, reglementmäßige Offiziersgehorsam war, daß es ihm nicht um Herrschung der Staatsmaschine ging, haben die Zeitgenossen besser begriffen als die Nachfahren, die das Schauspiel gnädig unter die Vaterländischen und für die Jugend geeigneten Dramen ausnahmen. Die Clique um den eisenhässlichen Friedrich Wilhelm III. sah nicht die menschlichen Möglichkeiten, den preussischen Militarismus auf der Bühne zu verklären, sie sah nur den rebellischen Dichter, der mit dem Hohenzollernfürsten und seiner Staatsraison hadert. Sie lehnte Drama und Dichter ab. Sie überließ diesen seinem einsamen Sterben, jenes der Vergessenheit, der es Tied mit seinem Werk für das Schauspiel der Dichtung entriß.

Nachdem das alte Preußen zum Teufel gegangen und der letzte Kurfürst des „Großen Kurfürsten“ (und Reichsverträter) nach Holland geflohen ist. Wünte man bei Aufführungen des Homburg-Dramas endlich auch die wirkliche Tragödie hervortreten lassen und das Manderspielen auf der Bühne entsprechend zurückdrängen. Die von Direktor Volkner inszenierte Aufführung bleibt da auf halbem Wege stehen. Sie bringt zwar, aus der Not eine Tugend machend, kein militärisches Glanzstück heraus, aber sie vertritt es auch nicht, alle Kräfte auf die dramatische Gestaltung des eigentlichen Konfliktes zwischen innerer Pflicht und äußerem Zwang zu konzentrieren. Man könnte, ohne gegen den Geist des Dichters zu sündigen, manche Striche vornehmen, die den Gegensatz zwischen der absoluten Fürstenherrlichkeit und der höheren väterländischen Idee, die in Kottwizens Rede so klar entwickelt wird, stärker augenscheinlich machen. Dazu hätte allerdings auch das Spiel beizutragen, das im alt vorgezeichneten Rahmen bleibt.

Das gilt ebenso für den Gast Paul Hartmann, der in den Szenen, da der Prinz von menschlich echter Todesfurcht geschüttelt wird, sehr stark wirkte, dann aber mit der Sicherheit der Komödie und nicht mit der Entschiedenheit des Verstorbenen dem Tode ins Auge sieht. Hier läge vor dem Darsteller eine große Aufgabe: die feste Haltung und sichere Ueberlegenheit der letzten Szenen ins Sarkastisch-Bittere, in die am Rande des Grabes ins Wahnsinnig-Unfaßbare umschlagende Angst des Gerichteten umzugeben. Von den heimischen Darstellern konnte nur Renner als Kottwitz wirklich überzeugen. Die andern waren mehr oder minder kostümierte Puppen, bei denen es auch mit dem singemäßen Sprechen haperte. Zugegeben, daß Kleist'sche Verse nicht leicht zu sprechen sind, muß man doch die Zahlfonstruktionen verständlich herausbringen. Mit Wärme war Malten bei der Sache; Rösner hatte keinen glücklichen Tag und Lola Chlud vermag mit aller Eleganz nicht die Herzentöne plausibel zu machen, die der Natalie ziemen.

Im Szenischen lief die Aufführung flott und reibungslos ab, darstellerisch ließe sich bei den Wiederholungen manches noch bessern. Der Besuch ließ zu wünschen übrig, obwohl wir doch selten genug Kleist auf dem Spielplan finden. E. F.

winn, sondern um die Aufhebung der Produktionsverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft mühen.

De Man polemisiert dann gegen die Auffassung, die sozialistische Kultur werde ein Produkt der geänderten Verhältnisse sein und man müsse nur die Verhältnisse ändern, dann werde die Kultur sich von selbst wandern. Diese Kritik bewegt sich wiederum ganz auf dem Boden des Marxismus und nur, wer dessen Dialektik nicht versteht, kann die Entdeckung, man müsse schon heute gegen die bürgerliche Kultur und für eine sozialistische kämpfen, als eine antimarkistische Errungenheit feiern. Und Hendrik de Man versteht die Marxsche Dialektik nicht oder er will sie nicht verstehen, er spricht von „Hegelschen Ganzeleien“ und kommt zu dem Ergebnis, daß der Klassenkampf zwar nötig sei, daß er aber nicht zum Sozialismus, sondern nur immer tiefer in den Kapitalismus hinein führe! Um aber seinen Gesinnungssozialismus, der neben dem Klassenkampf einherläuft und von dem er glaubt, daß er über den Kapitalismus hinaus führe, zu erklären, holt sich de Man die Verweise bei niemand anderem als bei — Hegel. Es gebe eine Dialektik nicht nur in der Wirtschaft (was Marx übrigens nie so formuliert und aufgefacht hat), sondern auch eine Dialektik des Geistes, der Kultur (nicht der Kulturzustände, sondern eher des Kulturbewußtseins); es sei das eine Bewegung zwischen den Widersprüchen einer gerechten und einer ungeren Idealen widersprechenden Ordnung der Welt.

Da haben wir doch den reinsten Hegel! Dialektik im rein Geistigen, im luftleeren Raum! Wo Marx Hegel überwinden, den revolutionären Gehalt seiner Denkmethode gerettet, wo er gezeigt hat, daß es nicht nur darauf ankomme, die Welt zu erklären, sondern darauf, sie zu verändern, landet de Man wieder bei Hegel und erkennt in dem Kulturideal der christlich-abendländlichen Welt, wie es vor allem in der Zeit der Reformation und der bürgerlichen Revolution zum Durchbruch gelange, in dem Streben nach Gerechtigkeit und Vollkommenheit, nach Gleichheit, Brüderlichkeit die bewegende Kraft der Revolution und des Sozialismus. Das alles hat freilich Gustav Landauer viel feilscher und mit der Glut der Ueberzeugung, ohne psychologische Spielerei und Kompromisse mit der exakten Wissenschaft, längst vorgetragen! Ihm hätte man glauben können und glaubte man für Augenblicke, in denen man sich von den realen Tatsachen löste. De Man vermag sich nicht aufzujubeln, er haftet mit seiner Beweisführung in der Wissenschaft, die Landauer zur Erklärung der Revolution überhaupt ablehnte („Soziologie ist keine Wissenschaft“), und so bleibt nach seiner Darlegung die Frage offen, warum denn die Dialektik des Geistes sich in so auffälliger Parallellität zu der Dialektik im sozialen Geschehen entwickelt, warum Revolutionen immer von den Unterdrückten unternommen werden, warum die Erfolge des Klassenkampfes „Magensozialismus“ nicht zu einer Verbürgerlichung der Arbeiter, sondern nach de Man von der Verbürgerlichung weg zur Entfesselung sozialistischer Kulturkampfes geführt haben?!

Hendrik de Man, vor dem Kriege Marxist und Internationalist, ist durch den Krieg, den er als belgischer Kriegsfreiwilliger mirmachte, im Innersten erschüttert worden. Auf ihn als einzelnen ließe sich die Psychologie anwenden, mit der er fälschlich der Geschichte an den Leib rißt, in der mit Psychologie nichts zu erreichen ist. Seine Gedanken könnten eine wertvolle Bereicherung der marxistischen Wissenschaft darstellen und sind es überall, wo er sie ohne den Anspruch einer „Ueberwindung des Marxismus“ vorträgt: sie sind so wenig „antimarkistisch“ als etwa die austromarkistische Schule „antimarkistisch“ ist. Da er aber, von seinem persönlichen Schicksal ausgehend, unter der Zwangsvorstellung leidet, seine Vorkriegsüberzeugung müsse falsch gewesen sein, sucht er aus jedem neuen Gedanken einen Beweis gegen den Marxismus abzuleiten. Dazu ist sein Lehrgebäude zu schwach und die Last, die er selbst ihm aufbürdet, läßt es niederbrechen. Er hat, um ein drastisches Bild zu wählen, dem soziologischen Lehrgebäude des Sozialismus einige brauchbare Dachkonstruktionen geliefert; aber sie nun als Grundmauern anzusehen und das Gebäude auf sie, statt auf die soliden Mauern des Marxismus aufzubauen, heißt denn doch, ihnen über Gebühr Tragfähigkeit und Bedeutung zutrauen! Dr. E. Franzel.

Bereinsnachrichten.

Deutscher Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag
Vereinsmitglieder, Achtung! Der 1. Kreis der D.T.Z. (Prag) hat an uns die Einladung ergeben lassen, seine Maskenrevue, die am Samstag, den 9. März, 8 Uhr abends, auf der Sofientinsel stattfindet, zu besuchen. Eintrittskarten zu 10 K sind beim Turngen. Schrader erhältlich, und zwar täglich zwischen 5-6 Uhr abends, in der Cec. Fügnerova nam. 4.

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker.
Einladung
zu dem am 8. März, um 8 Uhr abends im Saal I des Karolinums (Zelozna) stattfindenden Vortrage des
Genossen Dr. Robert Wiener
über
„Die Stellung des Intellektuellen in der heutigen Gesellschaftsordnung“.
(Krise der Intelligenz.)
Gäste willkommen!

Sport * Spiel * Körperpflege
Wandlungen.
Die meisten Sportarten waren im Anfang ihres Entstehens ein Vorrecht beherrschter Kreise. Man hielt strengstens an Exklusivität, man wollte unter sich bleiben. Ausverkauftungen waren noch nicht in die Volkswirtschaft eine Domäne der sogenannten Verrückten. Diese Leute erließen Bestimmungen, wonach nur solche Mitmenschen in ihrem Bereich unterkommen, die ihr Brot nicht mit der Hände Arbeit zu verdienen brauchten. Bei den Tennisspielen ging es ähnlich hochfahrig her. Söhne und Töchter selbst von adelichen Handwerksmeistern waren von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Die Arbeiterklasse kam überhaupt nicht in Frage, sie war mira plebs. Als der Radsporsich einbürgerte, hüllte sich eine Schicht von Herrenfahrern aus, die aber bald die Konkurrenz derjenigen Radfahrer befürchtete, die um Geldpreise fuhren. Trotzdem blieb die Exklusivität des Radsporis lange Zeit erhalten, da ein Schrad in den Anfangszeiten des Radsporis 2100 Kronen kostete. So viel Geld konnten nur Leute anlegen, die sich in einer günstigen Wirtschaftslage befanden. Das wurde damals in der Bundeszeitung des Deutschen Radfahrerbundes als ein Glück bezeichnet.

Sport * Spiel * Körperpflege

Die Entwicklung nahm jedoch ganz andere Wege, als sie diese „Herrensportler“ erträumten. Der Rennsporsport triumphierte bald auf allen Gebieten; daneben führten und führen noch die „Amateure“ ihr Scheidewein zwischen Beruf und Rennsporsport. Dann kam aber machtvoll und mit neuen Ideen befüllt die Arbeitersportbewegung und stellte das einzig wahre Ziel jedes Sportes auf: Massensport zur Befreiung des Volkes. Welcher Sportbewegung die Zukunft gehören wird, ist nicht schwer zu erraten.

Vom Arbeiter-Turn- und Sportverband. Freitag, den 8. März, abends 6 Uhr, Bundesversammlung. Stellungnahme zu den Ereignissen im 4. Kreis.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag
Druck: Rota A.-G. für Zeitung und Buchdruck, Prag
Für den Druck verantwortlich: Otto D. i. h. Prag
Die Zeitungsmarkenzonanz wurde von der Post- u. Zeitungsdruckdirektion mit Czech Nr. 127 451/VI/27 am 14. März 1928 bewilligt.

SANATORIUM
KLEISCHE-AUSSIG
für Nervöse und Erholungsbedürftige 3572
Mast-, Entleerungs- und alle Diätikuren.
Physikalische Heilmethoden. — Individuelle Behandlung.
Telephon Aussig Nr. 303. Prospekt

Jedem Arbeitermüde!
Jedem Arbeiterbuben!
Das Buch der roten Galten
Kč 11.—
Volksbuchhandlung
Teplic-Štěpán
Mühlgasse 13
Direkt gegenüber dem Neuen Glotzholzer.

Höhneraugen
Hornhaut bezaugt in einigen Tagen nur
VITEK'S
„Anticornin“
Eine Flasche Kč 6.—
Zu haben in Apotheken u. Drogerien.
Allein echt von
Fr. Vitek & Co., Prag II.
Vodickova 33.